Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dienstag, den 12. Oktober 1926 — Nummer 227

Treibt die Fürsten raus!

Die SPD unterstützt die Raubfürsten — Die Reichstagsfraktion der KPD verlangt die Ausweisung

Berlin, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der sie von der Reichsregierung Auskunft verlangt, wie sie sich zu dem Hohenzollernvergleich stellt. In der Interpellation wird besonders darauf hingewiesen, **daß die Hohenzollern 400 000 Morgen Land und 15 Millionen in bar erhalten sollen gegenüber 300 000 Morgen Land und 6—7 Millionen Mark in dem nach dem Fürstenkompromiß des Reichstages.** Weiter wird Auskunft verlangt, ob die Reichsregierung mit der geplanten Rückkehr des Volksverbrechers Wilhelm nach Deutschland einverstanden ist. Schließlich wird die Reichsregierung gefragt, ob sie zur Auflösung des Reichstages dem Volk Gelegenheit geben will, seinen Willen in der Fürstenfrage Ausdruck zu geben. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Antrag auf Ausweisung aller ehemaligen Landesfürsten aus dem deutschen Reichsgebiet eingebracht. Der Gesetzentwurf hat folgenden Wortlaut:

§ 1. **Alle ehemaligen Landesfürsten und Angehörigen werden aus dem deutschen Reichsgebiet ausgewiesen. Ihr gesamter beweglicher und unbeweglicher Besitz wird vom Staat beschlagnahmt.**

§ 2. Jeder Versuch **der Rückkehr nach dem deutschen Reichsgebiet wird als Verbrechen des Hoch- und Landesverrats** bestraft.

Durchpeitschung des Hohenzollerngesetzes

Obstruktion der Kommunisten.

Die kommunistische Landtagsfraktion des preußischen Landtages hat am Montag anläßlich der 1. Beratung des Gesetzentwurfes über den Hohenzollern-Schandvergleich mit ihrer parlamentarischen Obstruktion gegen die Durchpeitschung der Gesetzesvorlage und gegen deren Verabschiedung begonnen. Da von vornherein von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen ein durch spätere Abstimmung erwiesenes Uebereinkommen bestand, unter allen Umständen die Verschleuderung preußischen Volksgutes zugunsten der Hohenzollernbande so schnell wie möglich durchzuziehen, war es für die kommunistische Fraktion außerordentlich schwer, mit parlamentarischen Machtmitteln die Schandpläne des Hohenzollernblocks von Heilmann bis Wulle zu vereiteln. Die Genossen im Preußischen Landtag haben infolgedessen ihre Hauptkraft darauf konzentriert, von der Tribüne des Landtages die ungeheuerlichen Absichten der Hohenzollernmajorität aufzuzeigen und die werktätigen Massen zum Kampf für die restlose Enteignung jeglichen Fürstenbesitzes und für die Verjagung der Hohenzollern aufzurufen.

Gleich der Auftakt zu der Montagsitzung, die überfüllte Tribünen sah, war außerordentlich stürmisch. Genosse **Pieck** verlangte die Absetzung der Hohenzollernvorlage, weil die Drucksache laut Geschäftsordnung zu spät den Abgeordneten zugegangen ist und weil verfassungswidrig auch ein Gutachten des Staatsrates nicht rechtzeitig vorgelegt war. Bei der Abstimmung dieses und anderer Anträge stimmten jedesmal die Sozialdemokraten **und die anderen Regierungsparteien mit der äußersten Rechten gegen die Kommunisten.**

Genosse **Pieck** bringt einen neuen Geschäftsordnungsantrag ein, die Weiterberatung des Gesetzentwurfes gemäß § 22 der Geschäftsordnung um vier Wochen zu verschieben. Das preußische Staatsministerium lege eine verdächtige Eile an den Tag, unter allen Umständen vor der Beratung des Kompromißgesetzentwurfes im Reichstag zu erledigen. Selbst der Kompromißentwurf im Reichstag, gegen den wir gekämpft haben, den wir auch heute noch ablehnen, enthält noch günstigere Bedingungen als der jetzt vorgelegte preußische Gesetzentwurf. Der Vorwand der Regierungsparteien, daß vom Reichstag keine andere Lösung zu erwarten sei, ist hinfällig. Auch dieser Antrag verfällt der Ablehnung. (Kommun. Zuruf: Die ganze Bande ist bestochen!) Genosse Pieck stellt weitere Anträge auf Umstellung der Tagesordnung, daß zunächst der kommunistische Antrag auf Abriß der Siegesallee behandelt wird. Hier ständen die größten Verbrecher, die die Geschichte eines Landes aufweisen könne. (Stürmisches Toben auf der Rechten. Pfuirufe, Schluß, runter mit dem Lumpen!) Genosse Pieck fährt fort: So urteilt das Volk über die Hohenzollern, den Sie (zur Rechten) Staatsgut zuschanzen wollen.

Nach erregter Geschäftsordnungsdebatte werden auch diese kommunistischen Anträge abgelehnt.

Nunmehr versucht der demokratische Minister Höpker-Aschoff sein Sprüchlein zugunsten der Hohenzollernbereicherung aufzusagen. Von kommunistischer Seite wird er mit Pfuirufen, Zurufen usw. empfangen. (Bestochenes Hohenzollernobjekt. Der demokratische Minister, der seine Fraktion belogen hat! Was bekommen Sie für Ihre Rede von den Hohenzollern? Heraus mit diesem Hohenzollernlakai!) Es hagelt eine Reihe von Unterbrechungen. Die Kommunisten verhindern Höpker-Aschoff am Sprechen; nach mehrmaligen Versuchen muß er abtreten, der sozialdemokratische Präsident hebt die Sitzung auf.

Nach Wiedereröffnung kann der Finanzminister ebenfalls nur kaum verständlich machen, seine „Begründung" für die Notwendigkeit, den Vergleich zum Abschluß zu bringen, wird von den Kommunisten mit Gelächter aufgenommen. Als er davon spricht, daß dem Staat mehr „verbleibe, als man erwarten konnte", kommen neue Zurufe: Schamloser Betrüger! Er will das Volk belügen!

Nach Höpker-Aschoffs Gestammel, dessen Schluß mit Pfuirufen aufgenommen wird, begründet Genosse **Pieck** einen Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten und verlangt die sofortige Abstimmung, wie es nach der Geschäftsordnung möglich ist. Der Präsident legt jedoch die Geschäftsordnung willkürlich aus und läßt sich für diese Willkür von der Hohenzollernmehrheit Sanktion erteilen. Genosse Pieck protestiert unter lebhafter Unterstützung der kommunistischen Fraktion gegen diese Vergewaltigung.

Genosse Pieck beantragt, daß sofort der Ministerpräsident herbeigerufen wird, um neben dem Finanzminister, der allein anwesend ist, diese Vorlage zu vertreten. In der Begründung führt unser Redner aus, daß der Ministerpräsident Braun vor dem Landtag in aller Oeffentlichkeit Rede stehen müsse, wie sein Staatsministerium dazu kommt, den Hohenzollern Niederlassung in Deutschland zu ermöglichen, zu derselben Zeit, da Hunderttausende von Proletariern ihr nach der Verfassung verbrieftes Wohnrecht unter Eisenbahnbögen und in elenden Hütten wahrnehmen können. Der Ministerpräsident soll auch verantworten, ob er angesichts des Abbaues der Sozial- und Kriegsrenten die Versorgung der Hohenzollernlakaien begründen zu können glaubt. Die ganze Regierung gehöre auf die Anklagebank. Wenn wir 100 Kommunisten im Landtag wären, so könnten wir auch nach der Verfassung den Antrag auf Anklageerhebung gegen den Ministerpräsidenten stellen. So müssen wir das Volk aufrufen, diese Regierung mitsamt ihrer Schandvorlage in den Orkus zu stürzen.

Die kommunistischen Anträge auf restlose Enteignung des sogenannten Hohenzollernbesitzes und auf Landesverweisung der Hohenzollern begründet sodann Genosse **Bartels**. Er führt u. a. aus:

Bevor dieser Schacher, der zweifellos von den Hohenzollern bestochenen „Volksvertreter" (wüste Zwischenrufe auf der Rechten, Ordnungsruf des Präsidenten), endgültig zustandekommen soll, werden wir vor allem den republikanischen Regierungsparteien vor den Massen des Volkes die Schande dieser Republik und ihrer Parteien vor Augen halten. Kein preußischer Minister hat vom preußischen Volk den Auftrag und das Mandat gehabt, einen Schacher mit den Hohenzollern über die Zuschanzung von Volkseigentum einzugehen. Schon die Verhandlungen waren **eine Vergewaltigung der 10 Millionen proletarischer Stimmen,** die beim Volksentscheid in Preußen aufgebracht worden sind.

Vor einem Jahr war im Landtag ein großes Geschrei über die Verschleuderung preußischen Staatseigentums. Damals, beim sogenannten Barmatskandal wurde als dürftiges Ergebnis einer parlamentarischen Untersuchung festgestellt, daß von Barmat bestochene Subjekte unter Mißbrauch ihr Abgeordnetentätigkeit preußisches Staatseigentum vergeudet hatten. Damals mimten besonders die bürgerlichen Parteien große Entrüstung. Aber heute, da es sich darum handelt, eine viel größere und infamere Schiebung zu verhindern, wo es darauf ankommt, wenig gerechnet, Werte von 500 Millionen dem preußischen Volk zu erhalten, da tut sich eine Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Völkischen auf, um den Hohenzollern diesen Millionenraub zu ermöglichen. Noch glauben sie sich in diesem Stalle sicher vor Proletenfäusten, jedoch die Zeit wird kommen, wo sie über ihre Schandtaten vom Volke zur Verantwortung gezwungen, und Rede und Antwort vor den Revolutionstribunalen geben müssen. Genosse Bartels zieht eine Bilanz der Unterstützung der Hohenzollern durch sozialdemokratische Minister seit 1918. **Die Hohenzollern haben durch die Herren Südekum, Wolfgang Heine, Lüdemann, Siering, Severing u. a. nicht nur Barabfindungen, sondern auch wertvolle Möbel, Kunstgegenstände, Geschirrzeug usw. erhalten.** Obendrein erhielt Wilhelm Hohenzollern in den letzten Jahren eine **monatliche Rente von 50 000 Goldmark.** Damit nicht genug, noch bevor dieser Schandvergleich endgültig zustandegebracht ist, haben die Hohenzollern aus denjenigen Schlössern, Villen usw., die nunmehr dem Staat zufallen sollen, **noch schleunigst herausgeklaut, was zu klauen war.** (Der Präsident ersucht den Redner, parlamentarische Ausdrücke zu wählen.) Der kommunistische Redner beruft sich auf das „Berliner Tageblatt", das den Exkronprinzen als Dieb am Staatseigentum angeprangert hat. Die Hohenzollern haben schon bisher mehr erhalten, als selbst ein demokratischer Minister verantworten kann. Obendrein hat man den Hohenzollern auch noch die Steuern geschenkt. Wofür die Hohenzollern die ihnen von der Republik zugeschanzten Mittel verwenden, dafür liegen genügend Beweise vor. Der Amtliche Preußische Pressedienst hat bei der Aufdeckung der Umsturzpläne der Monarchisten im Mai dieses Jahres auch einen Brief des berüchtigten Justizrats Claß an Wilhelm Hohenzollern wiedergegeben, worin als Ziel der gemeinsamen Arbeit die Wiedererrichtung des Hohenzollernkaisertums in erhöhtem Glanze angegeben ist. Vorher sollte noch das „Vaterland gereinigt und befreit" werden. Diese Reinigung sollte im Geist jener Notverordnung erfolgen, die der Arbeiterschaft und selbst den bürgerlichen Republikanern bei Widerstand gegen die völkische Diktatur Todesstrafe androhte. Unter der Wucht der damaligen Enthüllungen verlangte selbst die „Vossische Zeitung" die Landesverweisung des früheren Kronprinzen. Inzwischen sind weitere Monate ins Land gegangen, die Hohenzollern und ihre Trabanten sind noch unverschämter geworden. Wilhelm telegraphiert an den Frontkämpfertag in Nürnberg, er hält Brandreden in seiner holländischen Villa, er läßt keinen Zweifel, daß er mit allen Mitteln die Ausrottung dieser Republik betreibe und die republikanischen Parteien zahlen ihm obendrein die Mittel für diese Bestrebungen. Der Exkronprinz betätigt sich frech und herausfordernd im Sinne der monarchistischen Konterrevolution. Er konspiriert mit Reichswehroffizieren, macht Reisen nach Ostpreußen, wo er sich als Kronprinz und Hohenzollernsprößling huldigen läßt, ja er ist einer von denjenigen, der an dem Komplott der Sodenitern und [illegible] beteiligt war. Die preußische Regierung war zu feige, hier durchzugreifen. (Lärm auf der Rechten.)

Hohenzollern und Sozialdemokratie

E. M. Selten hat eine Regierung sich eine so schamlose Provokation der breiten Volksmassen geleistet, wie die Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten **Otto Braun.** In einer Zeit der Erwerbslosigkeit von 2 Millionen, denen man die kärglichen Unterstützungssätze beschneiden will, in einer Zeit, in der die gesamten werktätigen Schichten unter Teuerung, Zoll- und Steuerdruck stöhnen,

will die preußische Regierung den in Wohlstand und Luxus lebenden Angehörigen des verjagten Hohenzollernhauses rund 16,5 Millionen Mark in bar auszahlen und ihnen zahlreiche Güter und Schlösser überlassen, deren Wert in die Hunderte von Millionen geht. Ohne Rücksicht darauf, daß 15 Millionen erst vor wenigen Monaten die entschädigungslose und restlose Enteignung der Fürstenhäuser gefordert haben, ohne Rücksicht darauf, daß weitere viele Millionen nur einer ganz geringfügigen Rentenzahlung an die Hohenzollern zustimmen wollten, ohne Rücksicht darauf, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sich voller Empörung gegen den Oktobervergleich vom Jahre 1925 wandte — will jetzt die preußische Regierung einen Vergleich abschließen, der nach der ausdrücklichen Bestätigung des Finanzministers sogar noch hinter dem Kompromißentwurf des Reichstages zurückbleibt!

Die Regierung hofft, daß die Volksmassen politisch zermürbt sind, daß sie nach den Anstrengungen der Volksentscheid-Bewegung keine Kraft mehr zu einem energischen Protest und zur Zerreißung des Vergleichsentwurfs finden werden. Die **beschleunigte Durchberatung des Vergleichsentwurfs im Staatsrat,** die zwischen Verteilung und Annahme des Gesetzentwurfes im Ausschuß nur drei Stunden Zeit in Anspruch nahm, soll es den Kommunisten unmöglich machen, die Oeffentlichkeit über die Schändlichkeit des Vergleichs mit den Hohenzollern aufzuklären. Nach dem bei der Zollvorlage erprobten Muster der schleunigen Verabschiedung soll auch diesmal der ganze Gesetzentwurf unter Dach und Fach gebracht werden, ehe die arbeitenden Massen sich zu einer Gegenaktion organisieren können.

Auch diesmal hilft die Sozialdemokratie der Regierung und dem Bürgertum. Im preußischen Staatsrat ließ die sozialdemokratische Fraktion feierlich erklären, daß sie nicht nur Stimmenthaltung üben, sondern gegen den Gesetzentwurf stimmen werde. Aber

eine halbe Stunde später verließen diese sozialdemokratischen Helden kurz vor der Abstimmung geschlossen den Saal, nachdem sie bereits vorher alle Anträge der Kommunisten auf gründliche Prüfung des Gesetzentwurfs abgelehnt hatten.

Der „**Vorwärts**", der wie immer die wahren Absichten der sozialdemokratischen Führung ausspricht, erklärt sich bereits ganz offen für die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs. Ihm scheint es sogar unbedenklich, durch den Vertrag dem entflohenen **Wilhelm von Doorn das Schloß Homburg** als künftigen Wohnsitz anzuweisen, falls Wilhelm nur den Wunsch haben sollte, nach Deutschland überzusiedeln.

Die Sozialdemokratie hat im Jahre 1923 dem **ehemaligen Kronprinzen** die Rückkehr nach Deutschland gestattet und zur Entschuldigung dieses „harmlosen" Schrittes darauf verwiesen, daß der junge Hohenzoller ja nur als Privatmann in **Oels** leben werde. Inzwischen hat der frühere Kronprinz sich **Potsdam** als ständigen Wohnsitz gewählt. Von hier aus leitet er die monarchistische Agitation. **Sein ältester Sohn** nimmt sogar als Offizier an den Manövern der „republikanischen" Reichswehr teil.

Braun und **Severing** bereiteten durch ihren Vertrag auch die Wiederkehr Wilhelms von Doorn vor, und sicher werden sie das gleiche erklären, wie der gute „demokratische" Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff, daß nur die Frau Wilhelms von Doorn, Hermine, vielleicht einmal den Wunsch haben werde, nach Homburg überzusiedeln.

Die Sozialdemokratie ist im vorigen Jahre durch die Massenstimmung zur Unterzeichnung des Gesetzentwurfes für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten vorangepeitscht worden. Auch jetzt wird die SPD nur dann wieder für die Ablehnung des Vergleichs mit den Hohenzollern zu haben sein, wenn die Massen in den Betrieben und in den Gewerkschaften die SPD zu einer anderen Stellungnahme zwingen. Die Sozialdemokratie beruft sich auf den Ausgang des Volksentscheids vom 20. Juni. Aber inzwischen dürfte die Zahl der Anhänger des Volksentscheids angesichts der wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Not noch gestiegen sein. Die SPD brauchte in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften nur die Probe aufs Exempel zu machen. Aber die Gewerkschaften, die schon im Winter nur widerwillig an der Bewegung für die Fürstenenteignung teilnahmen, haben sich seit der Silberberg-Rede in Dresden völlig dem Unternehmertum verschrieben. Herr Leipart will die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum und die Große Koalition mit den bürgerlichen Parteien. In Hamburg hat die Gewerkschaftsführung sogar auf die Ausnutzung einer günstigen